**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 198/2006	
Mitteilungsvorlage		
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum	
Jugendhilfeausschuss	16.05.2006	

Tagesordnungspunkt

Novellierungen des Kindertagesstättengesetzes

Inhalt der Mitteilung:

@->

In ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20.06.2005 hat die neue Landesregierung angekündigt, das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zu novellieren bzw. durch ein neues Gesetz abzulösen.

1. Novellierung im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006

In einem ersten Schritt plante die Landesregierung im Januar 2006, die landeseinheitlichen Vorgaben über die Elternbeiträge zu streichen und die Zuständigkeit für die Festsetzung der Elternbeiträge zum 1. August 2006 auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu verlagern. Damit würde das bisherige Elternbeitragsdefizitverfahren abgeschafft. Mit dieser Regelung beteiligt sich das Land bisher an der Differenz zwischen der im Gesetz unterstellten Quote von 19% der Betriebskosten, die durch Elternbeiträge aufgebracht werden sollen, und dem tatsächlichen (einkommensabhängigen) Elternbeitragsaufkommen (in Bergisch Gladbach: ca. 17%, ausfallende Landesmittel: ca. 230.000 €/Jahr). Die Gesetzesänderung ist Teil des Haushaltsbegleitgesetzes und soll im Mai 2006 vom Landtag verabschiedet werden (siehe Anlage 1).

Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich

Im März 2006 hat die Landesregierung ihre Grundüberlegungen für ein „Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich“ vorgelegt, das das GTK ablösen soll (siehe Anlage 2).

Durch das Gesetz sollen folgende Neuregelungen getroffen werden:

- Stärkung von Bildung und Sprachförderung
- Ausbau des Platzangebots für Kinder im Alter bis drei Jahren
- Überführung der Horte in die Offenen Ganztagsgrundschulen
- Verbesserung der Angebotsstruktur durch bedarfsgerechtere Öffnungs- und Betreuungszeiten
- Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren
- Ausbau der integrativen Förderung behinderter Kinder
- Verbesserung der Gesundheitsvorsorge
- Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule
- Einbeziehung der Kindertagespflege
- Verbesserung der Qualitätsentwicklung und -sicherung

Durch das neue Gesetz soll die Finanzierung der Kindertagesstätten auf eine Pro-Kind-Förderung umgestellt werden:

- Der Pauschalzuschuss des Landes wird für die Personalkosten und die Sachkosten gewährt.
- Die Pauschale wird von dem bisherigen Betriebskostenzuschuss für einen Kindergartenplatz mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 35 Stunden abgeleitet (Basiswert).
- Zu diesem Basiswert gibt es je nach Buchungszeit durch die Eltern Zu- und Aufschläge.
- Aufschlagsfaktor ist auch das Alter der Kinder: Kinder unter zwei und Kinder im Alter von zwei bis unter drei Jahren.
- Ein festgestellter zusätzlicher Sprachförderbedarf ist ein weiterer Aufschlagsfaktor.
- Familienzentren sollen ebenfalls einen Aufschlag erhalten.

Die Kindertagesstätten von privat-gewerblichen Trägern und von Betrieben sollen in die Förderung einbezogen werden, soweit sie im Sinne des neuen Gesetzes arbeiten.

Der Anteil der Träger an den anererkennungsfähigen Betriebskosten soll voraussichtlich auf 12 % begrenzt werden (bisher maximal 20 %).

Geleitet von den Grundüberlegungen will die Landesregierung im Mai 2006 einen Referentenentwurf vorgelegen. Die Verabschiedung des Gesetzes ist für den Herbst 2006 geplant. Zum Sommer 2007 soll das neue Gesetz in Kraft treten.

Anlagen

Anlage 1: Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) vom 29.10.1991, zuletzt geändert am 27.01.2004

Anlage 2: Grundüberlegungen für ein „Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich“

Anlage 1

Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) vom 29.10.1991, zuletzt geändert am 27.01.2004

§ 17 erhält folgende Fassung:

„(1) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe kann Elternbeiträge pro Kind erheben. Zu diesem Zweck teilt der Träger dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Namen, Anschriften, Geburtsdaten sowie die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der Eltern unverzüglich mit.

(2) Der Träger kann ein Entgelt für das Mittagessen verlangen.

(3) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat eine soziale Staffelung der Elternbeiträge vorzusehen. Er kann ermäßigte Beiträge für Geschwisterkinder vorsehen. Dies gilt auch für Kinder, deren Geschwister eine Ganztagschule besuchen. Auf Antrag soll er die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Absatz 3 SGB VIII).

(4) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe können die Aufgaben nach Absätze 1 und 3 auf die Gemeinden in ihrem Bezirk übertragen.“

§ 18 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Land gewährt dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Zuschuss in Höhe von 30,5 v.H. der Betriebskosten der Einrichtungen seines Bezirkes.“

§ 18 b erhält folgende Fassung:

„(1) § 18 Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich der Landeszuschuss im Jahr 2006 um 2.838 Euro für jede im Bezirk des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe vorgehaltene Gruppe in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen für Kinder, die im Eigentum des Trägers steht oder er Erbbauberechtigter ist oder wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt ist, verringert. Für alle anderen in den nach diesem Gesetz geförderten Tageseinrichtungen vorgehaltenen Gruppen verringert sich der Landeszuschuss im Jahr 2006 um 2.238 Euro. Der Träger der örtlichen Jugendhilfe kürzt den nach den Regelungen dieses Gesetzes und der nach diesem Gesetz ergangenen Verordnungen errechneten Zuschuss zu den Betriebskosten an den Träger der Einrichtung für jede in der Einrichtung vorgehaltene Gruppe um die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge.

(2) Abweichend zu § 2 Abs. 4 der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung – BKVO) können die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder im Jahr 2006 die Sachkostenpauschalen und gegebenenfalls vorhandene Rücklagen unabhängig von der Qualifizierung als Grund- oder Erhaltungspauschale zur Deckung der Sachkosten einsetzen. Im Jahr 2006 können die Rücklagen auch für mehrere Tageseinrichtungen desselben Trägers, die dieser zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Gebiet des Kreises (§ 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen) betreibt, zusammengefasst werden.; dieses gilt auch für den Fall, dass die Tageseinrich-

tungen von mehreren, demselben Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehörenden Trägern betrieben werden.“

§ 26 Absatz 1 Nr. 3 GTK [Durchführungsvorschrift über die Anpassung der Elternbeiträge] und die **Anlage zu § 17 Abs. 3 GTK** [Elternbeitragstabelle] werden aufgehoben.

§ 27 [Bußgeldvorschriften] wird aufgehoben.

In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 18b, der am 1. Januar 2006 in Kraft tritt, am 1. Juli 2006 in Kraft.

(Düsseldorf – Januar 2006)

Grundüberlegungen für ein „Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich“

A Ziele der Neuregelung

Mit dem „Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich“ soll eine neue rechtliche Grundlage für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege geschaffen werden. Das neue Gesetz bezieht dabei die neuen bundesrechtlichen Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) und des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes (KICK) ein.

Insbesondere wird angestrebt

- den Grundauftrag der Förderung zu präzisieren,
- den Bildungs- und Erziehungsauftrag des Elementarbereichs zu stärken,
- die Sprachförderung als Regelaufgabe der Einrichtungen zu normieren,
- neue Formen der Vernetzung und Kooperation durch die Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen zu Familienzentren aufzugreifen
- die Förderung der Tagespflege aufzunehmen,
- eine bedarfsgerechte und flexible Angebotsstruktur zu schaffen und
- eine einheitliche, transparente und flexible Finanzierungsstruktur einzuführen.

Mit diesen neuen Regelungen kann die individuelle Förderung der Kinder im frühen Kindesalter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch angesichts der Veränderungen in der Familie und der Arbeitswelt angemessen verbessert werden.

B Grundüberlegungen

Das neue Gesetz soll nach den folgenden Grundüberlegungen gestaltet werden. Dabei gilt der Grundsatz, dass die qualitativen Vorgaben nur dann gelten, wenn Plätze in einer Einrichtung oder in einer Tagespflegestelle mit Landesmitteln gefördert werden.

1. Präzisierung und Weiterentwicklung des pädagogischen Auftrages der Tageseinrichtungen, insbesondere Stärkung der Bildungs- und Erziehungsarbeit

Mit dem Gesetz wird der im SGB VIII normierte pädagogische Auftrag der Tageseinrichtungen vor allem im Hinblick auf Bildungs- und Erziehungsarbeit präzisiert und gestärkt. Aufbauend auf der Bildungsvereinbarung, die das Jugendministerium mit den Trägerverbänden und den Kirchen geschlossen hat, werden allgemeine Grundsätze aufgezeigt:

- Kindertageseinrichtungen ergänzen die Bildung und Erziehung durch die Eltern.
- Das pädagogische Personal hat die Eltern regelmäßig über die Durchführung des Erziehungs- und Bildungsauftrages zu informieren.
- Kindertageseinrichtungen führen die Bildungs- und Erziehungsarbeit nach einem eigenen Bildungs- und Erziehungskonzept durch.
- Zu diesem Konzept gehört, dass das Kind neben der Aneignung von Wissen und Fertigkeiten in allen seinen möglichen Entwicklungsbereichen individuell begleitet, gefördert und herausgefor-

dert wird. Ziel des Bildungs- und Erziehungsprozesses ist die Entwicklung des Kindes zu einer selbstbewussten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

- Zur individuellen Förderung des Kindes ist seine Entwicklung kontinuierlich, zielgerichtet und ganzheitlich zu beobachten. Über die Bildungsentwicklung eines jeden Kindes ist eine Bildungsdokumentation zu erstellen. Dies bedarf der Zustimmung der Eltern. Datenschutzrechtliche Regelungen sind vorgesehen.
- Neu aufgenommen werden soll ein Diskriminierungsverbot: Die Aufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung darf, wenn der Platz durch das örtliche Jugendamt finanziell bezuschusst wird, nicht aus Gründen seiner Herkunft, seiner Nationalität und nicht aus konfessionellen, weltanschaulichen oder ethnischen Gründen verweigert werden.

2. Sprachförderung

Im Rahmen des Betreuungsauftrages der Kindertageseinrichtung liegt eine besondere Betonung auf der kontinuierlichen Förderung des Kindes in der deutschen Sprache:

- Die Förderung der deutschen Sprache wird als Pflichtaufgabe der Tageseinrichtungen für Kinder festgeschrieben: Jedes Kind soll im Zeitpunkt des Wechsels in die Grundschule die deutsche Sprache so beherrschen, dass es dem Unterricht von Anfang an folgen kann.
- Das Bildungs- und Erziehungskonzept der Kindertageseinrichtung muss Ausführungen zur Sprachförderung enthalten. Die Sprachförderung soll in enger Abstimmung mit den örtlichen Schülern und den Grundschulen erfolgen.
- In der Bildungsdokumentation über jedes einzelne Kind liegt ein Schwerpunkt auf der Dokumentation der Sprachförderung des Kindes. Verfügt ein Kind nicht in altersgemäß üblichem Umfang über Deutschkenntnisse, hat die Tageseinrichtung dafür Sorge zu tragen, dass es eine besondere zusätzliche Sprachförderung erhält. Angestrebt wird, dass die zusätzliche Förderung der deutschen Sprache in enger Abstimmung zwischen Tageseinrichtung und Grundschule entwickelt und durchgeführt wird.
- Liegt ein besonderer Förderbedarf in der deutschen Sprache vor, so wird für dieses Kind im Rahmen des Finanzierungssystems ein zusätzlicher Betrag des Landes zur Verfügung gestellt.

3. Familienzentren

Mit dem Gesetz wird auch ein Anreiz für den Ausbau von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren geschaffen:

- Familienzentren sollen zu einer Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung und Förderung beitragen und Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgaben stärken.
- Sie werden die vorhandenen Hilfsangebote für Familien vernetzen und bündeln und ihr Angebot an den Bedarfen des Sozialraums orientieren.
- Neben den üblichen Aufgaben einer Kindertageseinrichtung werden Familienzentren die Betreuung von Kindergartenkindern außerhalb der üblichen Öffnungszeiten, die Betreuung von unterdreijährigen Kindern und Schulkindern gewährleisten oder vermitteln.
- Sie vermitteln auch Tagesmütter oder -väter und bieten bzw. vermitteln Angebote zu deren Beratung oder Qualifizierung.

Familienzentren erleichtern damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirken bei einer frühen, ziel- und passgenauen Hilfe durch den niederschweligen Zugang der Familien zu Angeboten der Beratung und Hilfe mit. Ein zusätzlicher Zuschuss ist vorgesehen, wenn die Kindertageseinrichtung ein vom Land anerkanntes Gütesiegel als Familienzentrum hat.

4. Kindertagespflege

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) stellt die Leistungen der Kindertagespflege mit denen der Tageseinrichtungen gleich. Dementsprechend nimmt auch das neue Gesetz die Kindertagespflege als eine durch das Land zu fördernde Aufgabe auf.

Das Gesetz soll insbesondere folgende Regelungen aufnehmen:

- Die Pflegeerlaubnis kann für die Betreuung von maximal fünf gleichzeitig zu betreuenden Kindern erteilt werden. Ausnahmen bis zu acht Kindern sollen im Einzelfall dann möglich sein, wenn diese nicht gleichzeitig betreut werden.
- Kindertagespflege soll auch in anderen Räumen geleistet werden können, z.B. auch in Räumen von Tageseinrichtungen. Vor allem in Familienzentren sollen Ersatzangebote für Fälle von krankheits- bzw. urlaubsbedingter Abwesenheit von Tageseltern bereitgehalten werden.
- Die Räume, in denen die Kindertagespflege angeboten wird, müssen kindgerecht und sicher eingerichtet sein. Es muss ausreichend Platz für Spiel und Bewegung sowie für Ruheplätze zur Verfügung stehen. Die Räume müssen anregungsreiche Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.
- Kindertagespflege kann nur durch geeignete Personen durchgeführt werden. Sie müssen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen. Sofern sie keine pädagogischen Fachkräfte sind, müssen Tagesmütter oder -väter über eine Qualifikation auf der Grundlage eines wissenschaftlich entwickelten Lehrplans im Umfang von mindestens 160 Unterrichtsstunden verfügen.

5. Integrative Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen

Kinder mit Behinderungen und solche, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind, sollen nach Möglichkeit gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen gefördert werden. Ziel ist, allen Kindern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen sind bei der pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen. Das Gesetz wird nicht für heilpädagogische Einrichtungen gelten.

6. Gesundheitsvorsorge, Rauchverbot

Alle in der Kindertageseinrichtung Tätigen und die Tagesmütter und -väter haben eine besondere Verantwortung für die Förderung der Gesundheit der Kinder.

Das neue Gesetz enthält deshalb auch Bestimmungen zur Gesundheitsförderung und -vorsorge:

- Das Personal in den Tageseinrichtungen verfolgt im Rahmen des besonderen Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII die gesundheitliche Entwicklung der Kinder, um mögliche Schädigungen oder Beeinträchtigungen, die z.B. durch Misshandlung, Vernachlässigung oder Gewaltanwendung entstehen können, frühzeitig zu erkennen und geeignete Hilfe zu vermitteln. Dies gilt auch für die Tagesmütter oder -väter.
- In Kindertageseinrichtungen muss für jährliche zahnärztliche und ärztliche Vorsorgeuntersuchungen Sorge getragen werden.
- Der Kindergarten ist rauchfrei, das neue Gesetz enthält ein uneingeschränktes Rauchverbot in Kindertageseinrichtungen.

7. Flexibilität und Bedarfsgerechtigkeit durch Berücksichtigung von Betreuungszeitwünschen, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Träger; Förderung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Eltern

- Familien können ihre Betreuungswünsche in der Kindertageseinrichtung flexibler gestalten, da künftig gewünschte Betreuungszeiten auch bei der Finanzierung berücksichtigt werden. Erhebt das Jugendamt Elternbeiträge, kann es u.a. die Buchungszeit berücksichtigen.
- Die in Anspruch genommenen Betreuungsstunden in Tageseinrichtungen werden nach einheitlichen Sätzen bezuschusst.
- Den Kindertageseinrichtungen werden keine Regelöffnungszeiten vorgeschrieben, sie können ihr Angebot nach den Bedarfen vor Ort bzw. den Wünschen der Eltern ausrichten.
- Durch den Wegfall der sogenannten „Übermittagszeit“ in den Regelkindergärten (12 - 14 Uhr) kann die Anwesenheit des Personals freier gestaltet und passgenauer an pädagogischen Erfordernissen ausgerichtet werden.
- Zur Förderung der Kinder arbeiten die Eltern und das Personal der Kindertageseinrichtungen sowie die Tagesmütter und -väter partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammen.
- Das Kinderbetreuungspersonal informiert die Eltern regelmäßig über den Stand des Bildungs- und Entwicklungsprozesses ihrer Kinder.
- In allen Einrichtungen werden Elternbeiräte eingerichtet, um die Zusammenarbeit zwischen Träger, Personal und Eltern zu fördern.

8. Stärkung der Zusammenarbeit mit der Schule, Förderung des gelingenden Übergangs in die Grundschule

Kindertageseinrichtungen und Schule arbeiten zusammen. Für eine gelungene Kooperation werden Grundvoraussetzungen in das Gesetz aufgenommen. (Die verpflichtende Zusammenarbeit seitens der Schule ist in § 5 des Schulgesetzes normiert.)

- Kindertageseinrichtungen und Schule tragen gemeinsame Verantwortung für eine beständige Bildungsentwicklung der Kinder und für einen gelungenen Einstieg in die Schule. Dafür tauschen sich beide Institutionen regelmäßig aus.
- Zur qualifizierten Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule gehört die intensive Vorbereitung der Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung.
- Zur Verbesserung der Anschlussfähigkeit informieren sich Kindertageseinrichtungen und Schule kontinuierlich gegenseitig über ihre Konzepte und Methoden.
- Kindertageseinrichtungen und Schule organisieren regelmäßige gegenseitige Hospitationen und sie benennen feste Ansprechpersonen.
- Darüber hinaus planen und führen sie gemeinsame Informationsveranstaltungen für die Eltern durch. Vorgesehen sind außerdem gemeinsame Konferenzen zur Gestaltung des Übergangs.
- Das pädagogische Personal der Kindertageseinrichtungen und der Schulen soll gemeinsam Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen.
- Vor Ort verständigen sich die Tageseinrichtungen und die Grundschulen auf eine institutionalisierte regelmäßige Zusammenarbeit.

9. Einführung einer klaren und übersichtlichen Finanzierungsstruktur (Pro-Kind-Förderung)

Die Landesförderung wird auf eine Pro-Kind-Förderung umgestellt. Das Land zahlt für jedes Kind in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege einen Zuschuss nach einfachen Regeln.

Der Zuschuss für jedes Kind, das einen Platz in einer Kindertageseinrichtung in Anspruch nimmt, errechnet sich als Produkt aus Basiswert, Buchungszeit zuzüglich eines Gewichtungszuschusses.

Besondere Anforderungen an die Förderung in der Kindertageseinrichtung werden durch drei klar umrissene kindbezogene Zuschüsse (Gewichtungszuschüsse) berücksichtigt: Besonders bezuschusst werden Plätze für Unterzweijährige, für Unterdreijährige und für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in der deutschen Sprache und interkultureller Erziehung.

Geplant ist auch die Förderung von privat-gewerblichen Trägern und von betrieblichen Kindertageseinrichtungen, soweit sie im Sinne dieses Gesetzes tätig sind.

Der Trägeranteil der freien Träger soll auf gleichem Niveau für alle Träger gestaltet werden. Das Land sieht nur noch einen Höchstanteil vor.

10. Qualitätsentwicklung und -sicherung

Qualität ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder erarbeitet werden. Wichtigste Bausteine hierfür sind die regelmäßige Fort- und Weiterbildung des Personals und eine möglichst umfassende Evaluation.

- Die Umsetzung des Bildungsauftrages erfordert die ständige Fort- und Weiterbildung der damit betrauten Personen.
- Zur Sicherung und Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen werden sie zur kontinuierlichen und regelmäßigen Evaluation verpflichtet.
- Qualitätskriterien in den Kindertageseinrichtungen müssen Aussagen über die Begleitung, Förderung und Herausforderung frühkindlicher Bildungsprozesse enthalten.
- Zur Grundlage für die Evaluation gehören mindestens eine schriftliche Konzeption, ein träger- oder einrichtungsspezifisches Bildungs- und Erziehungskonzept, die Bildungsdokumentation über jedes einzelne Kind und eine Darstellung über die Durchführung des Qualitätsentwicklungsprozesses in der Kindertageseinrichtung.
- Das Gesetz ermöglicht in Abstimmung mit den Trägern künftig auch externe Evaluationen.

Düsseldorf, den 27. März 2006

<-@